

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Post-Zustellung oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postbestellung für 1919 eingetragene Publikation und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Interessante finden die achtseitige Sonntagsbeilage oder deren Namen 1,20 M., Monatspreis des Sonntagsbeilage 20 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf. Lesungsbuchung 20 Pf. Bei familiären u. Versammlungsausgaben rückt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

### Die politischen Grenzen Bulgariens.

Paris, 2. September. (Havd.) Nach dem diplomatischen Lagebericht beschloß der Oberste Rat der Alliierten, der bulgarischen Friedensdelegation den Text des Friedensvertrages, der die politischen Grenzen des Landes begründet, zu übergeben. Ein Auszug aus dem Meer wird Bulgarien versprochen. Die bulgarische Delegation wird im Namen ihrer Regierung das Versprechen abgeben, daß sie auf gewisse, durch den Friedensvertrag zu bestimmende Gebiete keinen Anspruch mehr erheben wird. Die Festlegung dieser Gebiete wird erst später erfolgen. Unter diesen Umständen wird Thrazien keinen Anlaß zur Verhandlung des Friedensschlusses bilden.

Es wird bestätigt, daß der endgültige Friedensvertrag mit Oesterreich durch Dutschka am Dienstag der Alliierten Delegation in St. Germain übergeben werden wird. Das Begleit Schreiben, das am Mittwoch vormittag in öffentlicher Sitzung überreicht werden wird, enthält die gegenüber dem Vertrag vorgenommenen Änderungen. Der endgültige vollständige Text des Vertrags wird am nächsten Tag veröffentlicht werden.

### Die thrakische Frage.

Verfaßtes, 2. September. Präsident Wilson hat nach dem „Matin“ die von dem Obersten Rat der Alliierten vorgeschlagene Lösung der thrakischen Frage abgelehnt. Infolgedessen soll der Oberste Rat beschließen haben, Thrazien von den alliierten Truppen besetzen zu lassen und die Regelung dieser Frage aufzuschieben, bis der Friedensvertrag mit der Türkei abgeschlossen ist, da man annehme, daß auch Amerika erst in diesem Stadium der Verhandlungen seine wahren Absichten über Thrazien ausdrücken werde. Nach einigen Morgenblättern wird bis zur Lösung der Frage Bulgarien das Recht haben, über den Hafen Dobruge mit den Zufuhrbahnhöfen zu verfügen.

### Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Täglich 3000 Mann über Köln. Berlin, 2. September. Die Reichszentralstelle für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß der Abtransport der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus englischer Hand in Frankreich nunmehr begonnen hat. Es sind in den letzten drei Tagen täglich tausend Mann übernommen. Von morgen ab werden voraussichtlich täglich 3000 Mann über Köln einreisen. Die Angehörigen von Kriegsgefangenen, die sich in englischer Hand in Frankreich befinden, tun gut, ihre Partei- und Gewandungen einzustellen.

Köln, 2. September. In der Nacht trafen wieder 1000 unverwundete deutsche Kriegsgefangene aus einem englischen Gefangenenlager in Nordfrankreich hier ein.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den ersten 2000 Kriegsgefangenen, die aus englischer Hand in Frankreich eingetroffen sind, ist der erste Transport von tausend Mann in das Lager Weischede übergeführt worden. Die zweiten tausend Mann wurden in das Lager Wischen gebracht.

### Die Ausführungsbestimmungen des Obersten Rates.

Verfaßtes, 2. September. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit gewissen Ausführungsmaßnahmen betreffend den Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen.

### Die Kabinettsbildung in Ungarn wiederum gescheitert.

Budapest, 2. September. (Ungar. Korr. Bureau.) Der Versuch des Handelsministers Deitch, ein Kabinett zu bilden, in welchem alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, vertreten gewesen wären, ist insbesondere wegen der maßlosen Forderungen der Sozialistischen Unabhängigkeitspartei endgültig gescheitert. In einer in der christlichen Nationalpartei gehaltenen Rede erklärte der Ministerpräsident Friedrich, die

Ereignisse der jüngsten Tage hätten die politische Lage in Ungarn endlich geklärt. Das Ergebnis der Wahlen, die die Regierung noch im September durchzuführen gedachte, würde ruhig abgewartet werden.

### Die Vorgänge in Lettland.

Deutschland soll zur Räumung gezwungen werden.

Neben Kopenhagen geht ein folgendes Telegramm zu: „Lettland“ berichtet, daß der oberste Alliiertenrat beschlossen habe, Deutschland zu zwingen, die abgelehnten Punkte der Bedingungen der Räumung Lettlands durchzuführen. Goltz und Vertreter der deutschen Regierung in Witau sprachen ihr Bedauern über die Vorgänge in Witau aus. Goltz verlangt jedoch die Ueberführung der lettischen Truppen nach anderen Orten, die lettische Regierung lehnte das ab. In der vorigen Woche fand nachts in Witau eine Schießerei der deutschen Soldaten untereinander wegen Raubüberfälle nach der Verwundung statt. Resultat: sechs Tote und drei Verwundete. Goltz verurteilte die Unterbrechung der Räumung Witaus und sagte zu, daß er für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Lettland sorgen werde; trotzdem kamen Raubüberfälle der deutschen Soldaten auf lettisches Militär und auf private Bürger in den Städten Doblen, Traucenberg und Osonopol und auf dem flachen Lande vor. In den letzten Tagen reisen viele Barone nach Deutschland ab.

Die deutsche Gesandtschaft befindet sich in vollem Bestande nach Riga über, um die diplomatischen Beziehungen mit der Regierung zu vereinfachen. Zur Klärung der Lage reiste am 28. eine Spezialkommission der Militärverträge Lettlands, des Entente, sowie Vertreter des kurdmännigen, Innern und Kriegsministeriums nach Witau ab. Die Regierung unternimmt gemeinsam mit der Entente Schritte zur Bekämpfung des Abtransportes der deutschen Truppen. In Witau findet eine Verhandlung zwischen den deutschen und russischen Offizieren auf der Plattform der Restaurierung der Monarchien in Deutschland und Rußland statt. Die Freigabe Kurlands ist den Deutschen als Belohnung zugesprochen worden.

### Neue Stimmungsmache.

Witau, 2. September. B. T. S. teilt mit: Die deutsche und lettische Presse im Baltikum drücken ihre Genugtuung aus über einen Armeebefehl des Grafen v. d. Goltz, in dem er bereinigt vorgeschlagene Raubereien auf das schärfste verurteilt und die sofortige Verhaftung von Plünderern befehlt. Die Presse spricht die Hoffnung aus, daß, solange Graf von der Goltz an der Spitze stehe, die Soldaten von unüberlegten Schritten zurückgehalten werden.

### Die Alliierten fordern eine Verfassungsänderung.

Verfaßtes, 2. September. Nach dem „Journal“ hat die juristische Kommission der Friedenskonferenz ihren Bericht über die deutsche Verfassung fertiggestellt und der Friedenskonferenz überreicht. Sie vertritt die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung gegen den Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstoßen. Der Oberste Rat der Alliierten habe entschieden, daß die deutsche Regierung innerhalb 15 Tagen die Reichsverfassung abändern habe.

### Ein neuer Gewaltreich Kosses.

Nach dem Verbot der „Freien Jugend“ ist nun das Verbot der „Jungen Garde“ und der „Jugend-Internationale“ erfolgt. Mit dem üblichen Schreiben aus der Vorderecke: „Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verbiete ich auf Grund des § 96 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. VI. 1851“ usw. Unterzeichnet sind die Verbotsschritte von einem Leutnant Vetersen.

Nachdem man die Schule den Reaktionsären wieder ausgeliefert hat, verbietet man nun auch der arbeitenden Jugend die sozialistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Die Revanchepropaganda der Wilddeutschen bleibt natürlich unbehelligt. Aber das wird die Jugend nicht hindern, für ihre Ziele weiter zu kämpfen. Das Vorgehen Kosses gibt ihr für diesen Kampf einen klaren und eindringlichen Anschauungsunterricht.

### Arbeiterräte und Partei.

Die tiefe Mißstimmung, die die Massen erfüllt, hat wieder, wie in allen kritischen Stadien unserer Revolution, die Frage der Einigung des Proletariats, der Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte, der Ueberwindung der inneren Zerrissenheit der Arbeiterklasse aktuell gemacht. Der spontane Drang der Massen macht es begreiflich, daß ihr Bedanke immer wieder zurückgreift auf die Zerrissenheit des Proletariats, die als Hauptursache der eingetretenen Lähmung seiner revolutionären Tatkraft angesehen wird.

Die gekennzeichnete Stimmung, die wir psychologisch durchaus begreiflich finden, hat in einigen Kreisen des Proletariats den Gedanken wachgerufen, daß die Hauptursache der Spaltung des Proletariats in der Existenz der politischen Parteien bestehe. Würden diese Parteien zertrümmert werden, so könnte die Einigung des Proletariats herbeigeführt werden auf dem Boden des Rätekommunismus, das die einzig gegebene Form für die politische und wirtschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse ist.

Dieser Gedankengang wirkt durch seine Einfachheit bei politisch ungeschulten Massen außerordentlich bestechend. Wie bei jeder Vereinfachung und Verflüchtigung eines sozialen Problems wird das Endergebnis einer Reihe bestimmter Faktoren als Ursache angenommen, und mit der Zertrümmerung dieses Endergebnisses glaubt man auch die Kräfte aus der Welt geschafft zu haben, die dieses Endergebnis zeitigt haben. Die Leute, die diese Methode anwenden, erinnern an jene Kranken, der keinen Fieberzustand überwinden zu haben glaubt, wenn er das Fiebermittel zerbricht, das den Fieberzustand anzeigt. Wozu sich noch unnütz den Kopf zerbrechen über die Ursachen der Krankheit und die Methoden ihrer Heilung, wenn man sich durch Vorkämpfung eines Universalheilmittels aller Sorgen über den Ausgang der Krankheit entheben kann.

Jene Genossen, die jetzt die Zertrümmerung der politischen Parteien als Heilmittel gegen die Zersplitterung der proletarischen Kräfte propagieren, handeln nach dem Beispiel dieses Kranken. Sie glauben, durch Beseitigung der Parteien und den fortgesetzten Hinweis auf das Rätekommunismus als Universalheilmittel gegen alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nöte unserer Zeit gelunden zu haben. Sie glauben im Besitz einer einfachen Formel zu sein, die alle Probleme löst. In Wirklichkeit haben sie durch die Vereinfachung aller Fragen der Lösung der grundlegenden Probleme des Proletariats nicht gefördert, sondern sind im Begriff, eine große Verwirrung in den Köpfen anzufachen und die Formen und Methoden des proletarischen Klassenkampfes um Jahrzehnte zurückzuschrauben.

Wie primitiv, wie gedankenarm die Argumentation dieser neuesten Apokalyptik der proletarischen Einigung ist, zeigen folgende Proben aus einem Artikel von H. Albert Hister, der neuerdings in „Arbeiterrat“ die Propaganda für die Zertrümmerung der politischen Parteien und die Einigung des Proletariats durch das Rätekommunismus führt. Er erklärt klärend: „Partei ist Stellenjägererei, Partei ist Bonaventura, Partei ist Korruption, und deshalb ist jede Partei zum Untergang verurteilt.“ Hister will aber diesen Untergang beschleunigen, und darum ruft er die Arbeiter zur „Tat“ auf: „Die Tat aber — so erklärt er — heißt Zertrümmerung der Partei und Auswendung aller Kraft im Interesse der Räte.“

Man könnte über diese Stillproben Histers als Ergebnis jugendlicher Unreife und politischer Unerfahrenheit zur Tagesordnung übergehen, wenn ihnen nicht durch Veröffentlichung im „Arbeiterrat“, der sich als „Organ der Ar-

\*) Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch die Anschuldigung Histers zurückweisen, wir hätten in seinem Artikel, dem wir in der Nummer vom 20. Juli Aufnahme gewährten, den grundsätzlich wichtigsten Teil „unerschlagen“ und dadurch die Tendenz des Artikels „nach rechts abzuweichen“ und die vorzunehmende Streichung zweier Absätze erfolgte vielmehr nach vorheriger Einwilligung des Verfassers, der sich ausdrücklich mit etwaigen Änderungen einverstanden erklärte. Außerdem wurde dem Verfasser am folgenden Tage festgestellt, den in der gestrichelten Stelle enthaltenen Gedanken in einem besonderen Diskussionsartikel zum Ausdruck zu bringen. Herr Hister machte von diesem entgegenkommenden Vorschlag keinen Gebrauch, anscheinend, weil er es als vorzuziehender und bequemer erachtete, mit unferer angebotenen „Unterstützung“ hantieren zu gehen.

**„Arbeiterräte Deutschlands“** bezeichnet, erhöhte Bedeutung verschafft würde. Diese Propaganda beschränkt sich nicht auf einige Artikel. Sie wird auch in Versammlungen hineingetragen und fördert in nicht geringem Maße die Verwirrung, die über wichtige Fragen des proletarischen Kampfes eingetriggen ist.

Um aus dieser Verwirrung herauszukommen, ist es notwendig, gegen die demagogische Phrase Stellung zu nehmen, daß die Parteien im Grunde genommen nur Versorgungsanstalten für die „Führer“ seien, die mit ihrer Hilfe die Massen leitzugreifen und sie ihren engherzigen Interessen dienstbar machen. Eine derartige Kennzeichnung der politischen Parteien ist — wenn von Massenparteien gesprochen wird — nicht nur unwahr, sondern im höchsten Grade unhistorisch, unmoralisch. Sie stellt die Geschichte auf den Kopf, setzt an die Stelle der historisch-materialistischen Untersuchung die moralische Salbaderei und löst durch völlige Außerachtlassung der treibenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte die sozialen Probleme in den blauen Dunst luftiger Spekulationen auf.

Wer auch nur das ABC des wissenschaftlichen Sozialismus kennt, wird ohne weiteres begreifen, daß die politischen Parteien einerseits das Produkt und andererseits das Mittel des Klassenkampfes sind. Jede politische Massenpartei trägt in ihrem Wesen und ihrem Aufbau die Mängel und Vorzüge ihrer historischen Entwicklung an sich und spiegelt andererseits in ihrem Programm und ihrer Tätigkeit den Charakter, die Interessen, die Kampfziele der von ihr vertretenen Gesellschaftsklasse wider. Würden die politischen Parteien durch das Nachwort irgendeines Diktators eines schönen Tages von der Oberfläche verbannt werden, so würden sie doch nicht aufhören zu existieren, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Denn in der von Klassengegensätzen zerrissenen Gesellschaft sind und bleiben die politischen Parteien — neben den wirtschaftlichen Organisationen — die Hauptträger des Interessenkampfes der einzelnen Klassen untereinander.

Nun könnte hier entgegengehalten werden, daß es sich jetzt darum handle, die verfallenden proletarischen Parteien aus dem Wege zu räumen und in dem System der Arbeiterräte jene Massenorganisation zu schaffen, die das Proletariat braucht. Soweit hierin der Wunsch nach einer einheitlichen Massenorganisation des Proletariats zum Ausdruck kommt, bietet dieses Ziel nichts wesentlich Neues. Es war seit jeher das Streben aller sozialistischen Parteien, die große Masse des Proletariats unter ihrer Führung zu vereinen. Dementselben Ziele dienen auch die Gewerkschaften und die Genossenschaften, die nur deshalb in den meisten Ländern eine von der politischen Partei gesonderte Existenz führen, weil sie ihre speziellen Aufgaben im Dienste des Proletariats als Klasse zu erfüllen haben.

Wenn jetzt die Arbeiterräte als Waffe für die Schaffung einer einheitlichen Massenorganisation des Proletariats genannt werden, so geschieht das aus der spontanen Erkenntnis heraus, daß die bisherigen Organisationsformen des Proletariats — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft — nicht genügen, um den Endkampf mit den kapitalistischen Klassen auszufechten. Sicherlich steht in dieser Erkenntnis ein gesunder Kern. Immer weiter greift die Anschauung um sich, daß die Arbeiterräte, sowohl als umfassende Kampforganisation des Proletariats in der Periode der sozialen Revolution, wie auch als aufbauende Gesellschaftszelle nach dem Siege der Revolution unentbehrlich sind. Aber diese Erkenntnis geht in die Irre, wenn sie in der Waffenkammer des Proletariats nur eine Waffe: die Arbeiterräte sehen will und die Existenzberechtigung und Notwendigkeit keiner anderen Waffen abstreift. Neben dem System der Arbeiterräte, das seine besonderen Aufgaben als Kampforganisation und Schöpfer der sozialistischen Wirtschaftsordnung hat, sind vorläufig noch immer Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften notwendige Kampfmittel des Proletariats. Denn die soziale Revolution ist nicht ein einmaliger Akt, der sich in einer dramatischen Kampfhandlung und der darauf folgenden Dekretierung einer neuen Gesellschaftsordnung erschöpft. Sie ist vielmehr ein langwieriger Prozeß, der das Zusammenwirken aller Kräfte des Proletariats, die Geltendmachung aller in ihm angesammelten körperlichen Fähigkeiten und Erfahrungen zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zur Verwirklichung des Sozialismus erforderlich macht.

Die Praxis der Arbeiterräte, selbst in jenen Ländern, wo sie die alleinige Macht übernahmen, bestätigt die Richtigkeit dieser theoretischen Ausführungen. Auch heute noch bestehen beispielsweise in Ungarn, trotz der Diktatur der kommunistischen Partei noch andere sozialistische Parteien, die — wenn sie nicht gewaltsam ausgeschlossen werden — ihre Vertretungen in den Arbeiterräten haben, und von denen z. B. die linken Sozialrevolutionäre eine Zeitlang zusammen mit den Kommunisten die Regierungsgewalt ausübten. Außer den Parteien üben auch die Gewerkschaften und Genossenschaften ihre besonderen Funktionen im Wirtschaftsleben aus. Wehnlich lagen die Dinge unter der Mitherrschaft auch in Ungarn, obwohl dort, durch die zeitweilige Vereinigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei, der Eindruck entstanden konnte, als habe sich das Parteiwesen im Mitleid aufgelöst. Dieser Eindruck wurde übrigens auch durch die Tatsache gefördert, daß das Mitleid in Ungarn sehr mangelhaft aufgebaut und mehr die äußere Form der Diktatur der kommunistisch-sozialistischen Partei und nicht der Diktatur des Proletariats als Klasse bildete.

Auch die Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung bisher in Deutschland gemacht hat, zeigen, daß die politischen Parteien nicht einfach durch ihre Verneinung aus der Welt geschafft werden können. Schon in den ersten Monaten der Revolution bildeten sich in den Arbeiter- und Soldatenräten Fraktionen der drei sozialistischen Parteien, die als Organe ihrer Partei die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte zu beeinflussen und zu lenken suchten. Man mag diese Tatsache bedauern und viele Vorschläge der revolutionären Bewegung auf die parteipolitische Zerrissenheit der Arbeiter- und Soldatenräte zurückführen. Es geht aber nicht an, diese Tatsache auf die Bewilligung oder Verweigerung der „Führer“ oder der „Parteien“ zurückzuführen. Die parteipolitische Zerrissenheit der Arbeiterräte ist die notwendige Folge der parteipolitischen Zerrissenheit der Arbeiterklasse selbst. In der Arbeiterklasse stehen sich — abgesehen von nicht-beruflichen Schichten, die sie

noch im Sinne bürgerlicher Parteien befinden — drei sozialistische Parteien mit ihren verschiedenen politischen Auffassungen gegenüber. Da die Arbeiterräte sich nicht nur als Organe des sozialistischen Aufbaues, sondern auch als politische Kampfsorgane betrachten, ist es selbstverständlich, daß innerhalb der Arbeiterräte die verschiedenen Auffassungen der sozialistischen Parteien über die Methoden des sozialistischen Aufbaues und des politischen Kampfes zur Geltung kommen. Es ist bedauerlich, daß in diesen Fragen keine Einheitslichkeit herrscht. Aber diese Einheitslichkeit kann nur hergestellt werden, wenn die große Masse des Proletariats sich zu einheitlichen Auffassungen in allen diesen Fragen, zu einheitlichem revolutionärem Handeln durchgerungen hat. Dann, aber auch nur dann werden die Arbeiterräte den gemeinsamen Boden bilden, auf dem das Proletariat in einheitlicher Kampffront zur Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufmarschieren wird.

Bis dahin aber gilt es für die politischen Parteien, noch viel Arbeit zu leisten. Sie vor allem haben die Aufgabe, die politische Aufklärung in die breitesten Massen des Proletariats zu tragen, ihre Presse auszubauen, ihre Organisationen zusammenzuschließen, die Parlamente, die Verwaltungsinstitutionen zu erobern und jede Gelegenheit wahrzunehmen, wo sie die Macht der kapitalistischen Klassen niederzuringen vermögen.

Die Logik des Klassenkampfes wird in diesem Kampfe dahin führen, daß immer größere Massen des Proletariats sich jener Partei anschließen, deren Einsatz und revolutionäre Tatkraft die Gewähr dafür bietet, daß sie weder die Kräfte des Proletariats in unsinnigen Abenteuern veräußern, noch im Sumpfe bürgerlicher Kompromisse stecken bleiben wird. Nur durch rege Tätigkeit auf diesem Gebiet kann neben der notwendigen geistigen Klärung jene organisatorische Einigung des Proletariats herbeigeführt werden, die auch die Grundlage des Sieges der Arbeiterräte sein wird. Nicht Vertrittung der Parteien ist deshalb das Ziel, sondern Verstärkung und Ausbreitung jener Partei, deren Tätigkeit im Geiste des revolutionären Sozialismus sich vollzieht.

## Die Prämie an die Landwirte.

Keiner der jetzigen Minister erfreute sich bei den Agrariern eines so großen Beliebtheits wie der Reichswirtschafts- und Ernährungsminister Robert Schmidt. Nachdem die Landwirte ihm einmal lüdtig ihre Meinung gesagt haben, erfüllt er in weitgehendem Maße alle ihre Wünsche nach Abbau der Zwangswirtschaft. Getreide und Stroh, Obst, Gemüse und Eier, Hülsenfrüchte und Haser sind ganz oder zu erheblichem Teile von der Zwangswirtschaft befreit worden, trotzdem die Erfahrungen bei der Freigabe der Eierwirtschaft gezeigt haben, daß bei dem gegenwärtigen noch herrschenden Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine gewaltige Steigerung der Preise zur Folge habe.

Trotz dieser Erfahrung und trotzdem es allen Einsichtigen von vornherein klar war, daß die Freigabe des Hasers zu den schwersten Erschütterungen der Brotversorgung führen würde, hat das Reichsernährungsministerium sich über alle Bedenken hinweggesetzt und den Forderungen der Agrarier entsprechend den Freihandel für Haser wieder eingeführt. Die Folge dieser Haltung war, daß der Preis des Hasers im freien Handel bis 1200 Mark pro Tonne stieg, während das bewirtschaftete Brotgetreide 400 bis 500 Mark pro Tonne kostet. Infolgedessen verlaufen gegenwärtig die Landwirte den Haser im freien Handel und verflüchten das Brotgetreide an ihr Vieh. Die Ablieferung an Brotgetreide ist aus diesem Grunde, und weil die Landwirte wegen des niedrigen Preises absolut kein Interesse an der Ablieferung des Brotgetreides haben, so gering geworden, daß unsere Brotversorgung auf das allerstärkste gefährdet ist. In Süddeutschland ist schon seit einiger Zeit die Ablieferung an die Kommunalverbände so gering geworden, daß die Hilfe Norddeutschlands in Anspruch genommen werden muß. Und auch in Norddeutschland ist gegenwärtig die Ablieferung so gering, daß sie hinter dem täglichen Verbrauch wesentlich zurückbleibt. Die Gefahr der Stockung der Brotversorgung ist durch die Haltung des Reichsernährungsministeriums entstanden. Außer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ betont jetzt auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß es ein schwerer Fehler war, die Bewirtschaftung des Hasers aufzuheben. Das offizielle Blatt schreibt:

Leider haben nun die maßgebenden Stellen sich in einem Punkt bewegen gefühlt, dem Drängen der Landwirte und des Handels nachzugeben, nämlich bei Haser und Hülsenfrüchten. Wir sagen ausdrücklich leider, denn das war von vornherein zu befürchten, daß ein solches Nachgeben sich sehr bald zeigen würde! Und die Regierung ist auch auf das Bedenkliche des Scheiterns rechtzeitig aufmerksam gemacht worden. Wenn sie trotzdem sich dazu entschloß, bei Haser und ihren Programmen abzugeben, so lag der Grund darin, daß die maßgebenden Stellen glaubten, dem Wunsch der Landwirte entgegenkommen zu sollen. Man ging von der Ansicht aus, daß, wenn man das Brotgetreide in der Zwangsbewirtschaftung behielt, eine Freigabe des Hasers eine unbedenkliches Zugeständnis an die Landwirtschaft darstellen würde. Daß diese Auffassung leider nicht zutreffend war, hat die Folgezeit bewiesen.

Wir können dem Blatt vollkommen darin zustimmen, daß der einzige Grund der Regierung für ihre Maßnahmen in dem Wunsch begründet war, den Landwirten entgegenzukommen. Ihnen gegenüber ist ihre Haltung eine ganz andere als gegenüber den Arbeitern. Ihrem Entgegenkommen an die Landwirte durch die Freigabe der Haserbewirtschaftung fügt sie jetzt ein weiteres Entgegenkommen hinzu. Obwohl die Nationalversammlung in Weimar ausdrücklich die Gewährung von Frühdruschprämien abgelehnt hat, hat jetzt die Regierung zunächst für das Brotgetreide eine Frühdruschprämie von 150 Mark bis zum 1. Oktober und von 75 Mark für die Zeit bis zum 15. Oktober festgesetzt. Wenn also ein Landwirt nach den gesetzlichen Höchstpreisen für seinen Roggen einen Preis von 400 Mark zu beanspruchen hätte, so erhält er, wenn er bis zum 1. Oktober abliefern, 550 Mark. Außerdem ist bestimmt worden, daß das Dreieck des Hasers bis zum 15. Oktober verboten ist.

Die Landwirte haben demnach mit ihrem Lieferpreis ihren Zweck vollkommen erreicht. Das, was ihnen die Nationalversammlung freiwillig nicht gegeben hat, das gibt ihnen jetzt der Reichsernährungsminister Schmidt. Er verflüchtet zwar, daß diese Frühdruschprämie, dieses neue Millionengeld an die Agrarier, keine Verteuerung des Brotes herbeiführen werde. Aber das ist eitel Spiegelglanz, denn da der Betrag für die Frühdruschprämie von der Preisliste übernommen werden muß, so müssen die Mittel hierfür von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Bei der Steuerpolitik, die die Rechtssozialisten betreiben, bei der der größte Teil der Steuern durch indirekte, gerade die Minderbemittelten am meisten treffende Steuern eingebracht wird, werden sie also auch die Lasten zu tragen haben für diese neue Liebesgabe an die Agrarier.

Auch in dieser Tatsache entkühlt sich die Politik der Rechtssozialisten: für die Agrarier Liebesgaben, für die Arbeiter: Maschinenabwehr, Standrecht, Streikverbote und Arbeitszwang.

## Das System Göring.

Es ist kennzeichnend für unsere politischen Verhältnisse, daß die Deffektivität sich andauernd mit einem Mann besessen muß, den sein Mangel an allen politischen und verwaltungsmäßigen Fähigkeiten zwingen müßte, sich mit einer sehr bescheidenen Rolle im öffentlichen Leben zu begnügen, der aber statt dessen an der Spitze eines der wichtigsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands gekrönt wird, das unter seiner Leitung politisch und wirtschaftlich vollkommen zugrunde gerichtet wird. Die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse gibt alles Kritische wieder, was ihr von der Pressestelle des Herrn Göring und dessen militärischen Mitarbeitern über die Verhältnisse in Oberschlesien mitgeteilt wird. Nur in den oberflächlichen Zentrumsblättern und jetzt auch in dem führenden Blatt der Zentrumspartei, der „Germania“, wird das System Göring kritisch getadelt. Die „Germania“ bringt in ihrer Abendausgabe vom Dienstag einen Artikel ihres oberflächlichen Sonderberichterstatters, in dem ausgeführt wird, daß das altpreussische Regierungssystem in Oberschlesien in der langen Zeit seines Bestehens nicht mehr Fehler begangen und nicht schlimmer gewirtschaftet habe, als jetzt in etwa sieben Monaten Herr Göring und seine Genossen. Das Blatt behauptet allerdings, daß Göring gegen die Sozialisten und Kommunisten viel zu milde gewesen sei: es macht ihm zum Vorwurf, daß er auf das rein politische und nationalpolitische Gebiet hinübergegriffen habe, und wie er es getan habe, das sei ein schlimmer, nicht wieder gutzumachender Fehler. Weßhalb das Zentrumblatt gerade diesen Vorwurf erhebt, ist leicht verständlich. Das Zentrum hat früher in Oberschlesien die führende Rolle gespielt, es ist aber darin von den Polen abgelöst worden. Um nicht jeden Einfluß auf die polnische Bevölkerung zu verlieren, wünscht es nur, daß man die Polen möglichst besser behandle, die Beseitigung der zum Klassenbewußtsein erwachten polnischen Arbeiter wäre ihm schon ganz recht.

Der Berichterstatter der „Germania“ erörtert von diesem Standpunkt aus, daß Göring nicht zur Widerung, sondern zur Verschärfung der ohnehin schon bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Nationalitätengeneigtheit beigetragen habe. Die polnische Partei habe diese Politik als einen der Hauptgründe für den gegenwärtigen Zustand angesehen, und diese Politik habe und die Entente auf den Hals gehetzt. Damit habe Herr Göring wieder den Interessen des ober-schlesischen Volkes, noch denen des Deutschen Reiches geschadet. Zu den alten Fehlern seien neue geschult, viel Vertrauen zu der Suberliffigkeit und Gerechtigkeit der deutschen Verwaltung gegenüber anderen deutschen Volksteilen sei zerstört worden. Die Lage in Oberschlesien sei bergweifelsternst, ein für Deutschland ähnliches Ergebnis der Abstimmung im höchsten Grade zweifelhaft. Der Artikel der „Germania“ kommt zu folgendem Schluß:

Die preussische Regierung hat Herr Göring in volles Vertrauen für seine in Oberschlesien besorgte „Politik“ ausgesprochen. Sie hat damit unter alle seine verschiedenen Maßnahmen die Siegel gesetzt. Weß sie, wie man in Oberschlesien über Herr Göring denkt? Weß sie, daß er sich die letzten unter schärfster Bewachung und militärischer Bedeckung sehen lassen darf? Was sagt sie zu diesem Vertrauen? Was sagt sie, was sie sagen sollte, wäre: Du traust nicht länger der Verwaltung? Erfolgt nicht bald die Abberufung Görings und damit der Bruch mit diesem ganzen System, so mag die Regierung sich selbst die Schuld daran zu schreiben, wenn sie eines Tages erläßt, daß Oberschlesien nichts mehr von Deutschland wissen will, daß es sich mit fliegenden Fahnen dem keltischen Uebel, Polen, in die Arme wirft!

Die Regierung denkt aber gar nicht daran, Herrn Göring abberufen und ein anderes politisches System in Oberschlesien zu beginnen. Man muß fast zu dem Glauben kommen, als ob sie mit Absicht die ober-schlesischen Verhältnisse zu einem für das deutsche Wirtschaftsleben bitteren Ende sich aufhören lassen will. Gestern wurde gemeldet, daß Herr Göring in Berlin war und der preussischen Regierung seinen Rücktritt angeboten habe. Herr Göring habe sich dagegen gewandt, Göring soll auch künftighin in Oberschlesien bleiben. Sein System soll sogar noch eine Verlickerung erfahren. Göring hat sich in der Sitzung mit dem Ministerium über den Grafen Verheffen besprochen, der im Auswärtigen Amt das polnische Referat innehat und ihm zu wenig energisch ist. Auf seinen Vorschlag soll Graf Verheffen demnächst durch den Führer der Ostmarkenvereiner, den Reichsanwalt Bessert, ersetzt werden. Da inzwischen auch der Hauptmann a. D. Burgard, über dessen Tätigkeit in Oberschlesien der von uns am 23. August veröffentlichte Spießkorrespondenzbericht gibt, in das preussische Ministerium des Innern zur Bearbeitung der ober-schlesischen Frage berufen worden ist, so steht das System Göring, das Oberschlesien zum Verderben gereicht, fester denn je.

## Die Entente-Kommission in Oberschlesien.

Berlin, 2. September.

W. T. O. teilt mit: Am Finvernachmittag mit der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung begeben sich heute die Generale Dupont, Polcain und Bruchbender, die Oberbefehlshaber der französischen Militärmissionen, nach Oberschlesien.

um sich mit den bereits dortin erscheinenden Interdisziplinären Kommissionen zu vereinigen. Die Besetzung dieser Kommissionen werden dadurch selbstverständlich nicht geändert. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Besetzung Oberösterreichs durch fremde Truppen schon vorzeitig erfolgen werde, erheben jeder Grundlage.

Wie wir hierzu erfahren, kann es vom deutschen Standpunkt aus nur wünschenswert sein, wenn die mit den deutschen Verhältnissen bereits vertrauten Offiziere der allierten Militärkommissionen an der Ort und Stelle von der militärischen Lage überzogen.

### Der militärische Schutz soll noch verstärkt werden.

Berlin, 2. September.  
H. T. B. meldet: „Nach Mitteilung der zuständigen Stellen wird der militärische Schutz in Oberösterreich nicht vermindert, sondern nach Möglichkeit verstärkt werden. Die erforderlichen Schritte sind veranlaßt. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, die Ruhe zu bewahren.“

### Zentralrat gegen Volksgesetz.

Berlin, 2. September.  
Wolffs Bureau teilt mit: „Der zweite Wählerkongreß hat, nach einem Antrag der U. S. V. D.-Delegierten, den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß der Zentralrat eine für alle Arbeiterräte Deutschlands geltende Wahlordnung ausarbeiten solle. Das ist inzwischen geschehen. Der Berliner Volksgesetzrat aber hat, obwohl er sagte, daß die Wahlordnung des Zentralrats jeden Tag zu erwarten war, selbständig Wahlgrundlagen für Groß-Berlin herausgegeben und mitgeteilt, daß in Berlin danach gewählt werden solle. Die Wahl wurde durch das Eingreifen der Behörden verhindert. Der Zentralrat hat im Interesse des Abzuges nichts unversucht gelassen, den Berliner Volksgesetzrat von der Unrichtigkeit seines Vorgehens zu überzeugen und Vermittlungsvorschläge gemacht, die es ermöglicht hätten, daß noch der Wahlordnung des Zentralrats von der gesamten Berliner Arbeiterschaft gewählt werden würde. Dadurch wäre auch wieder ein geschlossener Volksgesetzrat entstanden. Diese Vermittlungsgesuche des Zentralrats sind am dem Statutum des Berliner Volksgesetzrats gescheitert, obwohl einige seiner führenden Mitglieder ihr zurück zugewandt hätten.“

Wenn nunmehr der Berliner Volksgesetzrat in der „Freiheit“ (siehe Wochenblatt vom 16. August d. J.) erklärt, daß er den Zentralrat nicht mehr als die Vertretung der Arbeiterräte Deutschlands anerkenne, so antwortet der Zentralrat darauf, daß der Zentralrat eine Anerkennung durch den Berliner Volksgesetzrat überhaupt nicht bedarf und daß der Volksgesetzrat sich selbst anerkennen muß, die nur einem Wählerkongreß zustehen. Der Zentralrat erklärt, daß er für die Folge den (aus unabhängigen Sozialisten und Kommunisten bestehenden) Teil des Volksgesetzrats, der die in der „Freiheit“ erschienenen Mitteilungen herausgibt, nicht auf den Boden der vom Zentralrat erteilten Wahlordnung stellt, nicht mehr als Volksgesetzrat für Groß-Berlin anerkennen vermag. Als Volksgesetzrat für Groß-Berlin gilt, falls die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte sich dem Beschluß des Volksgesetzrats anschließen, für die Folge der (aus Reichheitssozialisten und Demokraten bestehenden) Teil, der sich auf den Boden der vom Zentralrat bekanntgegebenen Wahlordnung gestellt hat. Der Zentralrat ersucht daher alle Arbeiter und Arbeiterräte Groß-Berlins, von dieser Erklärung Kenntnis zu nehmen und bitten, sich in allen Berliner Angelegenheiten nur noch mit dem vom Zentralrat als rechtmäßig anerkannten Berliner Volksgesetzrat, der in Berlin, Lindenstraße 114, sein Bureau hat, in Verbindung zu setzen. Ges. Cohen, Ges. Baas.

Der Zentralrat ist zu diesem Vorgehen in keiner Weise berechtigt. Der „rote Volksgesetzrat“ ist die rechtmäßige Vertretung der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Der Zentralrat beweist mit seinem Vorgehen, daß er den Reichtssozialisten die entscheidende Macht erneut in die Hände spielen möchte. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft wird dem Zentralrat diesen Gefallen nicht tun. Sie ist von seiner Ungültigkeit zu sehr überzeugt.

### Der Fall Reinhard.

Es war vorausgesehen, daß der Brief des Obersten Reinhard an den „Vorwärts“ von dem höchsten Befehl der nachstehenden Presse begleitet werden würde. Die „Tägliche Rundschau“ meint, daß das Schreiben ein gesundes und vernünftiges Urteil über die tatsächliche politische Lage zeige. Die „Post“ sagt, daß die Entlassung des „Vorwärts“ einen noch stärkeren Hinweis auf die Lage als sonst habe, und die „Deutsche Zeitung“ erinnert die rechtssozialistischen Würdenträger daran, daß sie es den Offizieren und Soldaten zu danken hätten, wenn sie heute noch ihres Lebens sich freuen könnten; sie sollten sich nicht über die Schicksale ihrer Kameraden freuen und zu begreifen. „Sonst könnten einmal die Dinge anders kommen, als ihnen lieb sein dürfte“, droht das alldeutsche Blatt. Es ist weit gekommen, daß die gegenrevolutionären Elemente so offen ihre Absichten zur Schau tragen dürfen!

Die liberale Presse greift daran, daß die Entlassung des „Vorwärts“ über den Reinhard-Fall irgend etwas an den Dingen werde ändern können. Der „Berliner Börsen-Courier“ sagt: „Ob der Reichswehrminister Kossie die Sache hierzu hat Herr Oberst Reinhard muß sich sehr leicht fühlen, wenn er in dieser Lage dem „Vorwärts“ dieilt.“ Die „Berliner Börsen-Zeitung“ meint, daß man bei der Freizügigkeit noch Ausdrücken aus der vormaligen Zeit auch mancher fähige Arbeiter der Reichssozialisten zur Strecke bringen könnte. Die „Tägliche Zeitung“ nennt den Temperamentsausbruch des „Vorwärts“ unstatthaft; wenn das neue System sich bedroht fühle, so ist das ein rechtlicher politischer Krampf. Die „Tägliche Zeitung“ schließlich erinnert daran, daß sie auf die Gefahr der Entzündung der Truppen von der Regierung immer und immer wieder hingewiesen habe. „Wer es scheint, daß man taube Ohren predigt. Mit Herr Kossie wirklich die Regel weiter am Boden scheitern lassen? Was es zu spät ist.“

Und der „Vorwärts“? Dieser Blatt scheint seine Pflicht damit erfüllt zu haben, daß es in der Dienstadt-Morgenausgabe ein wenig über den Brief des Obersten Reinhard geschrieben hat. In der Dienstadt-Abendausgabe druckt es ohne ein Wort der Kritik folgende Mitteilung über die Maßnahmen bei der Sicherheitsüberprüfung, die ihm „von unrichtiger Seite“ zugeschickt worden ist:

„Bei dem ehemaligen Freischützentrupp, das bisher dem Major W. unterstand und in der Berliner Sicherheitspolizei übernommen wurde, ist es am Sonntag zu Entlassungen

gekommen. Es handelt sich um einige aufstehende Leute, die schließlich ihre Kameraden dazu veranlassen wollten, bei etwaigen neuen Unruhen sich neutral zu erklären. Ihr Haupt — „Vertrauensmann“ — hatte entgegen den erteilten Bestimmungen, eine Versammlung einberufen versucht, die darüber Beschluß fassen sollte. Mit seinen auf-triebsvollen Forderungen stellte er sich aber in Gegensatz zu seinen Kameraden. Es kam zu energischem Widerspruch. Als der Kommandeur der Truppe, Oberstleutnant von Heinrich, die Versammlung auflöste, trat ihm der Unterwachtmeister Bruß herausfordernd entgegen. Er wurde daraufhin sofort entlassen. Die Entlassung des Mannes hat bei den Vertrauensleuten selbst Anklang gefunden, die in den Sitzungen des Staatsverbandes für Beamte der Sicherheitspolizei ausdrücklich betont haben, für die Sicherung von Berlin mit dem Leben einzutreten zu wollen, ohne Rücksicht auf politische Anschauungen und Ausrichtungen von radikaler Seite.“

Wir haben gestern bereits angeführt, worum es sich bei diesen Vorgängen handelte. Die Mannschaften haben lediglich ihre Rechte wahrnehmen wollen. Statt aber dafür zu sorgen, daß den Beschwerden der Mannschaften abgeholfen wurde, hat man ihre Wortführer gemahnt. Der „Vorwärts“ sagt dazu kein Wort, er ist also mit dem Vorgehen der Offiziere gegen die Mannschaften einverstanden. Macht das Blatt, auf solche Weise der vollständigen Umwandlung der Regierungstruppen in ein Werkzeug der Gegenrevolution entgegenwirken zu können?

### Alldeutsche Unversämtheiten.

Auf ihrem Verbandstage am Montag haben die Alldeutschen ihr Plakat noch weiter ausgearbeitet, als sie es schon am Tage vorher bei ihrer Vorstandssitzung getan haben. Herr Glag, der Vorsitzende des Verbandes, behauptete, daß die Resolution von Leuten gemacht worden sei, die über Millionen verfügten; und zwar sei sie mit fremdem Gelde gemacht worden. Ganz abgesehen davon, daß eine Revolution nicht gemacht werden kann, sondern daß sie das Ergebnis der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist, muß man sich darüber wundern, daß gerade solche Leute, wie die Alldeutschen, sich über die Verwendung von fremdem Gelde beschwerten; dieselben Alldeutschen, die sich in ihrer Agitation so gern der Gelbes der Schwerindustrie bedienen! Herr Glag versprach dann noch, daß die Alldeutschen dem deutschen Volke eine Zukunft aufzuweisen würden, so schön, wie es sie noch nie gehabt habe. Das deutsche Volk wird sich für diese Zukunft bedanken; es hat genug von dem Glend der Gegenwart für das nicht zuletzt die Alldeutschen verantwortlich zu machen sind.

Es redete außerdem noch der Geschichtsprofessor Dr. Dietrich Schäfer über Kultur, Schule, Religion und ähnliche Dinge und der Oberamtsrat Dr. Wang über die wirtschaftlichen Sachen; dann gab der Reichsdank Dr. Jakobson aus Hamburg eine wahre Hezrede gegen die Juden zum besten. Wenn dieser Redner noch etwas verblüht die Vertreibung der Juden aus Deutschland veranlasse, so wurde Herr Glag und der Reichsdankbesitzer Herr v. Wobelschlag schon deutlicher. Wobelschlag behauptete, daß der Krieg durch die Juden verloren gegangen sei; hätten wir keine Juden im Lande, so würden wir gesiegt haben und brauchen keinen „Judenfrieden“ abzuschließen. Er grüßte den Prinzen Heinrich, von dem er hoffte, daß ihn die Alldeutschen eines Tages offen zu den Füßen stellen dürften.

Es ist geradezu unerhört, daß die Alldeutschen es jetzt wieder wagen können, eine solche Sprache zu führen. Sie sollen aber nicht glauben, daß ihre Zeit wirklich wieder nahe gekommen sei. Die falsche Politik der Reichssozialisten hat zwar der Gegenrevolution diese Wege geebnet, noch aber ist auch das Prestoriat da: es wird dafür sorgen, daß die alldeutschen Unversämtheiten sich niemals mehr in die Tat umsetzen können!

### Nicht lesen, nur ununterrichtet.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Zürich einen Auszug aus dem auch von uns bereits besprochenen Artikel des „Tempo“ telegraphieren, und läßt dann folgen, es sei außerordentlich auffallend, daß dieser Artikel, der Sonntag erschienen ist, bereits Montag in der „Freiheit“ besprochen worden ist. Sie schließt daraus, daß der Verfasser mit uns näher Beziehungen unterhalte und daß durch diesen Vorfall erneut erwiesen sei, daß von „deutscher Seite in unversämthlicher Weise gewissen Kreisen des Auslandes in die Hände gearbeitet“ werde. Das geht allerdings aus dem Artikel des „Tempo“, der die intimen Beziehungen deutscher realistischer Militärs zu den Entente-Missionen behandelt, sehr deutlich hervor. Die Kombination der „Deutschen Allg. Ztg.“ beruht aber nur auf der Voraussetzung, daß der kriegliche Artikel am Sonntag im „Tempo“ erschienen sei. In Wirklichkeit ist er bereits am Sonnabend erschienen und die Nummer war am Montagabend in unseren Händen. Würde die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ den „Tempo“ abonniert haben, so hätte sie sich die Information ersparen können.

### Eine dringende Anfrage.

Unser Stuttgarter Patrioten, „Der Sozialdemokrat“, richtet in der Ausgabe vom 1. September folgende Fragen an die Regierung:

1. Ist es wahr, daß der Arbeiter Gustav Landauer auf freiem Fuß und bei der Reichswehr in Genuß ist?
2. Ist es wahr, daß der Arbeiter Gustav Landauer jetzt Krawall hat und dazu zum Abwicklungs-Kommando nach München versetzt wird?
3. Ist es wahr, daß der Arbeiter Gustav Landauer die volle Lösung eines Reichswehrsoldaten bekommt?

Wird die Regierung im öffentlichen Interesse Auskunft auf diese Fragen und über den Stand der Nordische Landauer geben?

### Sellmann schimpft.

Ueber den Beschluß des Verbandstages der Kapazitäten, Herrn Sell aus ihrer Organisation auszuschließen, schimpft Herr Sellmann in seiner Korrespondenz folgendermaßen auf:

„Soll man mehr die Unversämtheit der unabhängigen Demagogen honorieren, die genau wissen, wie die Dinge sich damals zugezogen haben und trotzdem unversämten weiterlägen? Oder soll man sich über die Dummheit der unbedachten Arbeiter ärgern, die auf ein paar Hezreden hin die sinnigsten Verhältnisse fassen? Jedenfalls reicht der Beschluß nicht heraus, um Sell irgendwie zu bestrafen; er ist nur eine Schande für die, die ihn gefaßt haben.“ Herr Sellmann wird nichts anderes übrig bleiben, als sich den Alldeutschen anzuschließen, zu deren Vorstandssitzung nach der „Deutschen Zeitung“ „eine ganze Menge Gesichter“ betetmader

max und deren Verbandstag von demselben Blatt als „das Schandlament der vernünftigen deutschen Intelligenz“ gerühmt wird. Da Sellmanns Gesinnung auch vor den Alldeutschen bestehen kann, so werden sie ihm aus seiner Abstammung gemäß keinen Vorwurf machen. Die „dümmen“ Arbeiter aber werden ihm lieber keine Träne nachweinen.

### Koslegardisten im Stadtparlament.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Berlin, 2. September.

Zur heutigen Sitzung der Stadtverordneten, in der die Verabschiedung der Reichswehrunterstützung beraten werden sollte, war auf Antrag des Magistrats das Rathaus mit Koslegardisten besetzt worden, um einen eventuellen Anmarsch der Reichswehr zu verhindern. Die Stadtverordneten traten auf Antrag unserer Gewerkschaften ab unter diesen Umständen zu tagen und verließen das Rathaus.

### Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

In der vorgeschriebenen Vernehmung des Hauptangeklagten Seidl befragt dieser jetzt alle den zur Last gelegten Angeklagten. Seine ständige Antwort war: „Das weiß ich nicht.“ Aus den Vernehmungsaufzeichnungen geht hervor, daß Seidl ein Doppeltmer, der seinen Rückzug haben sich dabei und jeden sofort mit Erschießung bedrohte, der sich ihm entgegenstellte. Deshalb hätten auch keine Leute alle seine kühnen Weisungen durchzuführen. Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß er angeordnet habe, im Falle eines Angriffs auf das Kaiserpalast-Quartier die Schiere auszulösen und die Reichswehrangehörigen in Stellung zu bringen, die Fensterbänke mit Handgranaten zu besetzen und dann die Geiseln zu erschließen. Seidl erklärte wiederholt, solche Befehle niemals gegeben zu haben. Ueber den eigentlichen Akt der Erschießung befragt, erklärte der Angeklagte, er habe bis etwa 1 Uhr in seiner Wohnung geschlafen. Er sei ihm dann von einem Staatsdiener mitgeteilt worden, daß das Oberkommando befohlen habe, sofort zwei Weisungen zu erteilen. Seidl habe gesagt: „Macht keine Geschichten, laßt die Finger davon.“ Dann sah er den direkten Befehl der Erschießung zu unterlassen. Der Befehl zur Erschießung sei vom Oberkommando unterzeichnet und von Schloffer wie auch von Schidloffer übernommen worden. Die Erschießung sei erfolgt, weil die Weisungen die Partisanen der roten Armee erschossen haben. Er selber sei bei der Erschießung nicht anwesend gewesen. Dann habe er die Auszahlung der Mängel übernommen, weil Schumann keine Zeit hatte. Während der Auszahlung der Mängel sind nach der Angabe zwei Voten vom Reichswehrministerium mit dem Befehl Schloffer gekommen als Gegenmaßnahme für die Erschießung von 11 roten Sanitären sofort 20 Geiseln zu erschließen. Auf der Nachfrage des Befehls soll geantwortet haben: „Sucht die Feinde heraus.“ Danach soll Seidl nichts mehr wissen. Der Vorsitzende hielt Seidl vor, daß er ja selbst die Mängel mit ausgereicht und ihnen schon bei ihrer Festnahme den Tod in Aussicht gestellt habe. Der Angeklagte behauptete, daß Schumann ihm den Befehl aus der Hand genommen und die Soldaten ihm erklärt hätten: „Wenn Du nicht mit der Erschießung einverstanden bist, dann schlagen wir Dir mit dem Gewehr die Köpfe den Schädel ein.“ Während er noch die Mängel auszahlte, habe er bereits die Gewehrgehäuse in seinen Taschen. Er sei darauf völlig aufmerksam gewesen, weil er wieder Schiffe nach Ost vorbringen konnte. Die weitere Vernehmung erstreckte sich auf die Unterbringung der Verwunden der erschossenen Geiseln. Aus dem letzten Teil der Vernehmung Seidls geht hervor, daß der Angeklagte nach dem Erschießungsgericht nach Ost zu Fuß gegangen ist und sich von da aus über Rosenheim und Hagenbrunn nach Regensburg gewendet hat, wo er von einem Partisanen einen leichten Fuß ermahnt. Er wurde schließlich in Schönberg in Sachsen am 10. Juli verhaftet. Von seinen Vernehmungsaufzeichnungen wurde von Reichsdank Dr. Wobelschlag eine längere Erklärung abgegeben, wonach der Vorsitzende bei der vernünftigen Vernehmung Seidls nur die Momente verhandelt habe, welche nach seiner Meinung gegen Seidl sprachen, nicht aber, auch die Festlegungen Seidls gewürdigt und hervorgehoben soweit seine Angaben den Zeugnis und Mitangeklagten unterstellt wurden. Dieser Verfahren sei geeignet der Öffentlichkeit und der Angeklagten ein durchaus falsches Bild von dem Angeklagten zu geben. Die Vernehmung stellt dies außer Zweifel.

Der zweite Hauptangeklagte, Schidloffer, befragt die ihm zur Last gelegten vollen Behauptungen von Geiseln gegenüber. Er befragt auch ganz ausführlich, die Zeitung bei der Erschießung gehabt zu haben. Der Befehl zur Erschießung der Geiseln im Falle eines Angriffs auf das Oberkommando sei ihm übergeben worden, also nicht direkt von ihm gekommen. Er hielt seine frühere Aussage, daß der Befehl zur Erschießung von Seidl unterzeichnet war, nicht mehr aufrecht. Schidloffer ist geschiedstrenn, hat viel geirrt und war materialistisch. Das Gewehrgehäuse und die Partisanen Dr. Reisel befragt den Angeklagten als geistig mitsprechend, aber doch für sein Tun verantwortlich.

Der dritte Angeklagte, Huber, wurde aus dem Militärverhältnis wegen finanzieller Schwierigkeiten entlassen. Er war damals wegen Widerstandes und Raubmord auf der Flucht. Ueber die Erschießung der Geiseln erklärt er, daß Schumann das Kommando zum Feuer gegeben habe. Bei der Erschießung seien meist Partisanen verwendet worden. Weil habe die Waffen aufgeschossen und nach jeder Erschießung ein neues Feuer gemacht.

Obert und Kalle auf der Heiliger Wiese. Obert und Kalle sind zum Gefecht der Zeitigen Kasse im Sonderzug von Dresden in Leipzig eintraten. Obert leistete in einer Rede den deutschen Handel und die deutsche Industrie und warnte vor dem Versuch, Deutschland von feindlicher Mächten auszulösen. Es traten auch einige Herren des Reichstags sowie der liberale Minister des Innern, Hüllig, der die Größe der Reichsregierung überbot. Herr Hüllig sich ein Rundgang des Reichspräsidenten durch verschiedene Maßnahmen, während Kalle sich zu einer Truppenbesichtigung begab.

Neu neu!

# Freie Welt

\* Heft 16 \*

20 Pfennig

Bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am 1. Oktober 1919. 8 Uhr: 'A. Jungfermann'.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Nathan d. Weise. 8 Uhr: Kammermeyer.

Königsplatz. Theater. 8 Uhr: Musik. 9 Uhr: Kameraden.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Die Dame im Fraak. 9 Uhr: Die Dame im Fraak.

Triumph-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf. 9 Uhr: Der gute Ruf.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Das höhere Leben. 9 Uhr: Das höhere Leben.

Wald-Theater. 8 Uhr: Die Ose. 9 Uhr: Die Ose.

Cosmo-Theater. 8 Uhr: Großstadt-Pflanzen. 9 Uhr: Großstadt-Pflanzen.

Berliner Prater. 12 Uhr: Attraktionen. 1. Raunen.

Wintergarten. Variété-Vorstellung.

Theater a. Kottbuser Tor. Täglich 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger.

Reinhold du Bos. Kennst du das Sand, wo die Eichen stehen?

Manus. 8 Uhr: Die Ose. 9 Uhr: Die Ose.

Vergnügungspalast. Groß-Berlin. Hasenheide 13/15.

Ringer-Wettstreit. Heute ringen: Loh gegen Stockmann.

Der große Entscheidungsramp. Romanoff.

Richter. der deutsche Herkules. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Ball. 12 Uhr: Attraktionen. 1. Raunen.

Erdbeere „Zuckerkönigin“ bringt Riesenerträge. and wird weder durch Kälte, noch Regen, noch Trockenheit darin beeinträchtigt. Stücke von 2-300 Erdbeeren sind keine Seltenheit.

Wir färben gut, reell, billig, schnell. In 3-5 Tagen. Radke-Grundmann, Berlin S. 14, Dresdener Straße 34-35, Turisenhof.

Zähne 3 Mark! 5. Mark. mit echtem Friedens-Kautschuk. Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Ballenschmieders Variété-Garten. Brassier internationaler Ringer-Wettstreit. Nächste ringen: Lobmayer gegen Wenzel.

Spezial-Abteilung Uniformen färben, in Civil umarbeiten. in schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in 8 Tagen.

Möbel! Sonder-Angebot! Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Dielen-Möbel, Küchen. Combard u. Möbelhaus „Bahnhofstraße“ G.m.b.H.

Kaffeehaus u. Café Hohenstrafen. Kottbuser Damm 76. 1. u. 2. Otto Pollmann.

Donnerstag, den 4. September 1919, abends 7 Uhr, in den Zentral-F. Stälen, Alte Jakobstraße 32: Mitglieder-Versammlung.

Lichtenberg. Mittwoch, den 3. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15.

Möbel. in großer Auswahl und guter Ausführung zu Bar oder Kredit! Möbel-Gross.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Donnerstag, d. 4. Sept. 1919, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Maßschneider Deutschlands. Damen-Maßschneiderei.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Am Mittwoch, den 3. September 1919, abends 7 Uhr.

Zahnarzt Falkenstein. Wissenschaftliches anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie. Ausbildung in der Zahnheilkunde.

U. S. B. D. Wilmersdorf. Donnerstag, d. 4. September, abends 7 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Generalversammlung. Am Donnerstag, den 4. September, abends 7 Uhr, in den Germania-Sälen, Gendarmenstr. 110.

Die Verwaltungsselle Kiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Verwaltungsselle Kiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Des Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rollkutscher Eduard Dorn.

Margarete. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben einzigen Tochter.

Anna Saß. geb. Weichbrodt. nach kurzem, schwerm Leiden am Sonntag, den 31. August verstorben.

Emma Glese. Am 31. 8. verstarb plötzlich an Herzschlag meine liebe Frau.

Anna Richter. Am 30. August verstarb im Krankenzustand nach 2 1/2 wöch. Krankheit meine liebe Frau.

Friedrich Richter. Am 30. August verstarb im Krankenzustand nach 2 1/2 wöch. Krankheit meine liebe Frau.



